

Sozialismus

www.Sozialismus.de

Andreas Fisahn/Peter
Wahl: Europa neu denken



Katja Kipping:
Die Quadratur des Kreises



Thorsten Schulten:
Lohnpolitik in der EU

Otto König: 60 Jahre
Betriebsverfassungsgesetz

**Forum
Gewerkschaften**

Bernhard Müller: Hartz IV
und das Alltagsbewusstsein



Eric Hobsbawm 1917-2012

Dies ist ein Artikel aus der Monatszeitschrift Sozialismus.
Informationen über den weiteren Inhalt finden Sie unter
www.sozialismus.de.
Dort können Sie ebenfalls ein Probeheft
bzw. ein Abonnement bestellen.

Sozialismus u.a. im Internet

www.sozialismus.de

Regelmäßige Kommentare & Kurzanalysen zu aktuellen Themen & Ereignissen zwischen den monatlichen Printausgaben; außerdem Tipps & Termine, Kommentar- und Heftarchiv sowie Möglichkeiten zum Abonnieren u.v.a.m.

www.vsa-verlag.de

Die neuesten Buchveröffentlichungen aus dem VSA: Verlag, Lesungs- & Veranstaltungstermine, sämtliche lieferbare Titel, Inhaltsverzeichnisse, Leseproben, ein wenig Verlagsgeschichte aus 40 Jahren Links u.v.a.m.

www.wissentransfer.info

Arbeitspapiere, PowerPoint-Präsentationen, Veranstaltungshinweise und -berichte, Referentinnen und Referenten sowie Veröffentlichungen der Wissenschaftlichen Vereinigung für Kapitalismusanalyse und Gesellschaftspolitik e.V.

www.vorort-links.de

Netz-Plattform für Analysen & Ansichten aus Ländern, Städten und Regionen. vorortLINKS ist ein unabhängiges linkes Projekt, der LINKEN wohlgesonnen, aber immer auf der Suche nach breiteren Kooperationen.

www.linksnet.de

Ein linkes netzpolitisches Projekt mit großer Reichweite: Mehr als 40 linke Zeitschriften aus Politik und Wissenschaften stellen Beiträge, Rezensionen und z.T. Inhaltsverzeichnisse ein. Sozialismus war von Anfang an dabei.

Europa als politisches Projekt

Andreas Fisahn/Peter Wahl: Europa neu denken, nicht von oben oktroyieren ... 2

Joachim Bischoff: Hegemonialmacht Deutschland?
Die Spaltung Europas, Austeritätspolitik und Alltagsbewusstsein 7

Thomas Händel/Frank Puskarev: Solidarität statt Konkurrenz. Ganzheitliche europäische Modelle politischer und wirtschaftlicher Steuerung 14

Linke Bündnisse

Katja Kipping: Die Quadratur des Kreises. Über die Herausforderung, ideenreich, aber ideologiefrei Politik zu machen 20

Redaktion Sozialismus: Große Krise und gesellschaftliche Umbrücke 26

Frank Deppe: »Nicht die Hände in den Schoß legen, auch nicht in unbefriedigenden Zeiten«. Eric Hobsbawm (1917-2012) 30

Karl Georg Zinn: Rousseau lesen 35

Repression im Inneren, Kriege im Ausland

Bernhard Müller: Hartz IV und das Alltagsbewusstsein 37

Maybritt Brehm/Christian Koch/Werner Ruf/Peter Strutynski:
Friedenspolitische Empfehlung: Auslandseinsätze ablehnen! 43

Murat Çakır: Eine »Regionalmacht« eskaliert
Der syrische Bürgerkrieg und Ankaras Spiel mit dem Feuer 46

Forum Gewerkschaften

Thorsten Schulten: Austerität & neuer lohnpolitischer
Interventionismus der EU 51

Otto König/Richard Detje: 60 Jahre Betriebsverfassungsgesetz. Kampf um
Mitbestimmung und Demokratisierung in Betrieb und Gesellschaft 56

Richard Detje/Otto König: Gewerkschaftsstrategien am Ende des
Rheinischen Kapitalismus. Der Weg des 2. Vorsitzenden der IG Metall 59

Besprechung | Impressum | Veranstaltungen | Film

Marga Voigt: Januskopf oder Dialektik?
(zur Festschrift zum 80. von Günter Benser) 63

Impressum 55

Veranstaltungen & Tipps 64

Johannes Springer: Policeman (Filmkritik) 65

Supplement

Werner Röhr: Ein Schritt vor und drei zurück.
Der Krieg Hitlerdeutschlands gegen die Sowjetunion 1941-1944
in der bundesdeutschen Historiographie

Solidarität statt Konkurrenz

Überlegungen zu ganzheitlichen europäischen Modellen politischer und wirtschaftlicher Steuerung

von | Thomas Händel und Frank Puskarev

Wege aus der Krise konzentrieren sich zumeist auf Vorschläge zur Regulierung und Schrumpfung der Finanzmärkte. Händel und Puskarev verweisen auf den »missing link«: Welche realwirtschaftliche Basis braucht ein zukunftsfähiges, demokratisch gesteuertes Europa? Wie weit reichen Konzepte eines Green New Deal oder die Forderung des DGB nach einem neuen »Marshallplan«? Die Debatte ist eröffnet. Es gilt Europa neu zu (be-)gründen.

Wir erleben derzeit eine beschleunigte und immer autoritärere Krisenbewältigungsstrategie, die mit Kürzung der Arbeits- und Sozialeinkommen, Spardiktaten und dem verordneten Ausver-

kauf öffentlichen Eigentums geradewegs in die Rezession führt. Nicht nur die Länder Südeuropas sind von einer wirtschaftlichen Talfahrt erfasst; auch in den bisher prosperierenden Staaten sind die Auswirkungen der Austeritätspolitik spürbar. So hat die europäische Autoindustrie, in der Regel ein guter Indikator für Konjunkturentwicklungen, gegenwärtig Verkaufseinbrüche von mehr als zehn Prozent zu verkraften. In den Krisenländern des Südens sieht es sogar noch weit schlimmer aus: Italien minus 25%, Frankreich minus 17%, Spanien gar minus 37%. Auch Deutschland, das sich bisher noch auf der Seite der Gewinner wähnt, hat erneut mit Einbrüchen um die 11% zu kämpfen.¹ Wenn selbst der deutsche Autoindustrie-Motor deutlich vernehmbar stottert, muss es schlecht stehen um die wirtschaftliche Entwicklung.

Europa droht in wirtschaftlicher Depression und sozialer Ungleichheit zu versinken. Die Arbeitslosenquote lag im August



Das Ford-Werk in Genk, Belgien, soll 2013 geschlossen werden, die Beschäftigten sind entsetzt (Foto: dpa)

2012 bei 10,5% und markiert damit den höchsten Stand seit Bestehen der Europäischen Gemeinschaft. Gerade junge Menschen sind von den Folgen der Krise betroffen. In diesem Bereich ist die Quote wesentlich höher, europaweit liegt sie bei 22,7%, im krisengeschüttelten Griechenland sind gar mehr als die Hälfte aller jungen Menschen ohne Job. Insgesamt sind es rund 14 Mio. junge Menschen unter 30 in Europa, denen man eine vernünftige Perspektive und Lebenschancen verwehrt. Armut ist nicht mehr nur ein Randgruppenthema, Armut kommt gerade in der Mitte der Gesellschaft an.²

Europa braucht einen radikalen Politikwechsel, will man vermeiden, in einem wirtschaftlichen, sozialen und, so steht zu befürchten, in einem politischen Desaster zu enden. Die Beispiele von Ungarn, Griechenland und anderen Ländern weisen in die Richtung,³ in die es gehen kann und teilweise auch gehen wird.

Parallel zur Krise laufen in der europäischen gesellschaftlichen Linken, die weit über die sozialdemokratischen, grünen und kommunistisch-sozialistischen Parteienfamilien hinaus geht, lebhaft Debatten, wie der aus den Fugen geratene kapitalistische Wertschöpfungs- und damit Ausbeutungsprozess wahlweise wieder in eine soziale Form gegossen und/oder in einem Transformationsprozess überwunden werden kann. Für notwendige Re-Regulierungen und die komplette Neuorganisation des Finanzsektors liegen mal mehr, mal weniger fundierte Vorschläge auf dem Tisch. Die Gründungsfehler und die Verfasstheit Europas sind hinlänglich debattiert und kritisiert. Defizite bestehen allerdings in der Frage ganzheitlicher Modelle einer zukünftigen politischen und wirtschaftlichen Steuerung eines Europas, das nach einhelliger Meinung zumindest der linken Seite des politischen Spektrums wenigstens sozial, beschäftigungsorientiert, nachhaltig und demokratischer organisiert sein soll.

Angesichts der Dimensionen reicht es nicht, ein rein die Konjunktur stimulierendes Programm aufzulegen und im Übrigen einfach weiterzumachen wie bisher. Auch die simple Forderung nach einer »Wirtschaftsregierung« ist, bleibt sie auf der Basis der bisherigen Verfasstheit der EU, nichts weiter als die Forderung nach einem neuen Türschild für eine neoliberale Institution. Längerfristige Wachstums- und Entwicklungsperspektiven sind für ein zukunftsweisendes Konzept für Europa unverzichtbar.

Notwendig ist die Entwicklung eines *integrierten Konzeptes demokratisch kontrollierter wirtschaftlicher Zukunftsentwicklung* für Europa, das bestehende Elemente von Industrie- und Dienstleistungspolitik, von Struktur- und Kohäsionspolitik einschließt, auf ihnen aufbaut und sie in wesentlichen Teilen ergänzt. Dass dies nicht – wie von der Sozialdemokratischen Fraktion im EP gefordert⁴ – einer Task-Force der EU-Kommission überlassen werden darf, scheint offensichtlich: Betrachtet man die Ergebnisse der Troika-Politik in Irland, Griechenland, Italien, Spanien und Portugal, würde man damit den neoliberalen Bock zum sozialistischen Gärtner machen.

Will man also dauerhaft weg von einem Konkurrenz-Europa zu einem Solidaritäts-Europa resp. einem Ausgleichseuropa,⁵ sind zusätzliche Elemente einer starken wirtschaftspolitischen Koordinierung und Steuerung erforderlich, die nicht nur die

Wettbewerbsfähigkeit der ins Hintertreffen geratenen Länder wieder »an das Feld heranbringt«, sondern darüber hinaus und in erster Linie soziale Gerechtigkeit, gute Arbeit und gleichwertige Lebensverhältnisse schafft und transformatorischen Charakter im Sinne eines neu zu entwickelnden gesellschaftlichen Zusammenlebens entfaltet. Diese Elemente, dieser ganzheitliche Ansatz, sind bisher der »missing link« in der europäischen Debatte.

Alter Wein in alten Schläuchen

Eine Schlüsselrolle dabei spielt die Industriepolitik, wie auch die EU-Kommission im Jahr 2005 schon feststellte: Man müsse »das Verständnis von Industriepolitik weiter (...) fassen und diejenigen Maßnahmen einbeziehen, die sich auf Kosten, Preise und die innovative Wettbewerbsfähigkeit der Industrie und einzelner Branchen auswirken, aber auch alle anderen politischen Initiativen berücksichtigen. (...) Das schließt nicht nur Maßnahmen für Binnenmarkt und Handel ein, sondern auch für die Bereiche Verkehrswesen, Energie, Umweltschutz, Soziales und Verbraucherschutz.«⁶ Das wäre neu gewesen, nach jahrzehntelangem Mantra der vorherrschenden wirtschaftspolitischen Vorstellung, die Märkte würden schon selbst die besten (ökonomischen) Lösungen produzieren, schaffe man nur genügend »Freiheit«. 2012, also sieben Jahre später, muss der zuständige Kommissar Tajani eingestehen, dass »wir verpflichtet gewesen wären, die Realwirtschaft in den Mittelpunkt der Wirtschaftspolitik zu stellen. Wir haben in der Vergangenheit den Fehler gemacht, Finanzökonomie und Dienstleistungen in den Mittelpunkt zu stellen. Wir schoben Industrie und Unternehmen in eine Ecke. Aber wir müssen genau das Gegenteil tun: Industrie und Unternehmen in den Mittelpunkt rücken und mit der Finanzökonomie die Realwirtschaft unterstützen.«⁷

Diese Einlassung markiert zweierlei: ersten das Eingeständnis, in den letzten Jahren bei der Ausrichtung der Politik vollständig versagt zu haben. Offensichtlich begreift man nun auch in der EU-Kommission die Schlüsselrolle der industriellen Bereiche, die rund 25% der Wertschöpfung in Europa ausmachen. Und zweitens, dass dieser Einsicht nun Taten folgen sollten. Von »maßgeschneiderten Konzepten für jeden Zweig, (...) einer neuen Politik der industriellen Innovation, Berücksichtigung der gesamten Wertschöpfungs- und Lieferkette, der weiteren För-

Thomas Händel, MdEP, ist Koordinator im Beschäftigungsausschuss des Europaparlaments; Frank Puskarev ist Büroleiter von T. Händel.

¹ www.spiegel.de/auto/aktuell/absatzkrise-hohe-rabatte-fuer-autos-a-861482.html.

² www.spiegel.de/wirtschaft/soziales/jugendarbeitslosigkeit-kostet-jaehrlich-153-milliarden-euro-a-862921.html.

³ www.rosalux.de/publication/38260/die-krise-in-europa-und-die-erfolge-des-rechtspopulismus.html und Michael Oswald: Rechtsruck in Hel- las, Blätter für deutsche und internationale Politik 10/2012.

⁴ www.socialistsanddemocrats.eu/gpes/media3/documents/3542_DE_cohesion_policy_de_100415.pdf.

⁵ www.axel-troost.de/article/6371.euro-zone-vor-dem-ende-rettung-durch-kurzfristig-entschiedenes-handeln-mit-einer-vision-fuer-europa.html.

⁶ http://europa.eu/legislation_summaries/enterprise/industry/et0005_de.htm.

⁷ EURO News Interview vom 15.10.2012 www.euronews.com/2012/10/15/antonio-tajani-on-smes-strategy-and-new-economy.

derung des Einsatzes und der Vermarktung von wettbewerbsfähigen Schlüsseltechnologien, Modernisierung der Qualifikationsbasis« war schon 2005 die Rede.

Die EU-Industrie muss den Übergang zu einer kohlenstoffarmen und ressourcen- und energieeffizienten Wirtschaft beschleunigen. Doch weit gefehlt: Auch der Bericht der Kommission zur Aktualisierung dieser Industrie-Strategie vom Oktober 2012 stützt sich auf altbekannte Säulen: Investitionen in Innovationen, bessere Marktbedingungen und Bürokratie-Abbau, Zugang zu Kapital und Humanressourcen sowie Qualifikationen.⁸ Also alter Wein in alten Schläuchen mit dem irreführenden Etikett »Neu!«.

Insbesondere hinsichtlich der Beschäftigung bleibt es bei den schlecht sitzenden Kinderschuhen einer mit der EU2020-Strategie kompatiblen »Verbesserung der Funktionsweise der EU-Arbeitsmärkte und Gewährleistung geeigneter Qualifikationen der Arbeitnehmerschaft«. Nicht etwa die Schaffung von guter Arbeit und sozialer Sicherheit steht im Zentrum oder mindestens auf gleicher Augenhöhe, sondern die Verfügbarkeit von Arbeitskräften nach Bedarf mit verwertbaren Qualifikationen.

Schließlich geht es der EU-Kommission, trotz aller gegenteiligen Beteuerungen, auch nicht um soziale Wohltaten. Im altbekannten Wording verbleibend diskutiert die Kommission »...die Erschließung neuer Märkte, [...] die schnellere Entwicklung und Vermarktung von Waren und Dienstleistungen«. Wesentlich soll sein, »dass EU-Unternehmen als erste auf den globalen Markt kommen und dadurch ihre Wettbewerbsfähigkeit steigern«. Auch um Globalisierung macht man sich weiterhin Gedanken, nicht jedoch so, wie man nach den Erfahrungen der letzten Jahrzehnte annehmen sollte: »Um den größtmöglichen Nutzen aus der Globalisierung zu ziehen, wird die Kommission internationale Initiativen für die Regierungszusammenarbeit entwickeln...«, heißt es verschwörerisch wie zunächst nichtsagend. Wie die »Regierungszusammenarbeit« praktisch aussieht, bekommen die Länder Afrikas derzeit zu spüren. Mit nahezu neokolonialen Methoden wird der Marktzugang regelrecht erpresst, der Kampf um die verbliebenen Rohstoffe nimmt an Aggressivität deutlich zu.⁹

Wichtige Fragestellungen, z.B. wie kurzfristig auf wirtschaftliche Ungleichgewichte reagiert werden kann, wie sie dauerhaft vermieden werden können, welche mittel- und längerfristigen Instrumente gegen einen Absturz einzusetzen wären oder gar wie eine nachhaltige beschäftigungsorientierte Strategie ersonnen und demokratisch legitimiert werden könnte, sind nicht die Fragen, die man sich in den neoliberalen Elfenbeintürmen von Rat und Kommission stellt.

Gerade deshalb ist dies Aufgabe der Linken in Europa. Dazu gilt es, Ansätze einer alternativen, beschäftigungsorientierten und demokratisch kontrollierten Konzeption weiter zu entwickeln. Bausteine dafür gibt es an vielen Stellen, nur müssen diese eben auch zusammengefügt, miteinander verknüpft und zu einem integrierten Ganzen entwickelt werden.

Ausgleichsunion

Immerhin in *einem* wesentlichen Punkt besteht hinreichende Klarheit: Überschussländer müssen durch die Stärkung der Massenkaufkraft mittels offensiver Tarifpolitik und der Erhöhung der Sozialeinkommen zu einer Verringerung der Exportüberschüsse beitragen. Ob dies im Volumen und vor allem in kurzer Frist allein ausreicht, ist eher zu bezweifeln. Beachtlich, wenn auch nicht ausreichend, sind auch die Vorschläge zu einer konsequenten dauerhaften Regulierung von Außenhandelsüberschüssen und -defiziten. Sie sind ein wesentliches Problem der innereuropäischen Wirtschaftsungleichgewichte, die auf Dauer zu einer Selbstzerstörung der europäischen Integration führen würden.

Dass dieses Thema bis in konservative Kreise hinein wirkt, zeigen die Debatten um »Economic Governance«. Zwar konnte die nun dort verankerte und völlig kontraproduktive Bestrafung von Defizitländern nicht verhindert werden. Nach erheblicher Anstrengung der Linken enthält diese Governance nun aber auch eine Betrachtung der Überschussländer, die, im Gegensatz zu den Defizitländern, allerdings und leider keinerlei Ungemach sanktioneller Art zu erwarten haben.¹⁰ Hier gilt es in den nächsten Monaten nachzusetzen.

Axel Troost liefert mit dem Konzept einer »Ausgleichsunion«¹¹ eine ausgezeichnete Vorlage. Dieses stellt darauf ab, auch die Länder mit hohen Leistungsbilanzüberschüssen für die Herstellung und Einhaltung eines außenwirtschaftlichen Gleichgewichts in die Verantwortung zu nehmen. Jenseits von kurz- und mittelfristig zulässigen Exportschwankungsbreiten würden bei langfristig überhöhten Leistungsbilanzüberschüssen Sanktionen in Form von Strafzahlungen fällig, die dann einem Fonds zufließen sollen, dessen Aufgabe »die Förderung eines auf den Ausgleich der Leistungsbilanzen gerichteten Strukturwandels in Überschuss- und Defizitländern« wäre.

Dazu müssten Investitionsprogramme aufgelegt werden, die die Verschuldung nicht weiter erhöhen. Diese wären durch die EU im Rahmen der im Weiteren skizzierten Entwicklungsfonds zu finanzieren. Das würde nach Berechnungen des IMK¹² zu einer deutlichen Erhöhung des Wachstums und damit zu einer längerfristigen Verringerung der Verschuldung beitragen. Dazu braucht es aber »... eine deutliche wirtschaftspolitische Umorientierung im gesamten Euroraum«.

Marshallplan

An der notwendigen finanziellen Ausstattung würde es also mit dieser Zuführung kaum fehlen. Rechnet man die schon bestehenden Möglichkeiten europäischer Fördermittel, die Zuführungen aus einer europäischen Finanztransaktionssteuer, einer europaweiten Vermögensabgabe bzw. Millionärssteuer,¹³ Kredite zu Konditionen des EZB-Zinssatzes durch die Europäische Investitionsbank und ggf. Projektbonds für größere Projekte zusammen, wäre sogar kurzfristig eine »feuerkräftige« Finanzausstattung gut darstellbar. Der von den Experten des DGB in einem Entwurf¹⁴ bezifferte Finanzbedarf für einen europäischen »Marshallplan« von rund 260 Mrd. € pro Jahr wäre sichergestellt.

Die im Marshallplan vorgeschlagenen Maßnahmen betreffen – neben der Stärkung der Massenkaufrkraft und der damit verbundenen kurzfristigen Konjunkturstimulanz – einen policy mix verschiedener mittel- und langfristig wirkender Elemente, zu denen verstärkte öffentliche Investitionen, Investitionszuschüsse und ein europäischer Zukunftsfonds gehören. Mit ihnen sollen die Stärkung moderner Industrien und Dienstleistungen ermöglicht sowie gesellschaftlich notwendige bildungs-, sozial- und klimapolitische Weichenstellungen und qualitative Wachstumsziele gefördert werden.

Mehr als die Hälfte der vorgeschlagenen Maßnahmen richten sich auf die europäische Energiewende. Die Investitionen in eine CO₂-arme Energieversorgung von 150 Mrd. Euro pro Jahr induzieren nicht nur 110 Mrd. zusätzliche Investitionen. In dem DGB-Szenario auf Basis einer Berechnung des DIW¹⁵ wird ein langfristig sechs bis sieben mal höherer Beschäftigungseffekt als bei vergleichbarer Versorgung mit Öl- und Gasvorkommen beziffert. Rund 11 Mio. neue Arbeitsplätze werden vorhergesagt. Diese Entwicklung würde wesentlich höhere direkte und indirekte Steuereinnahmen, höhere Sozialversicherungsbeiträge und geringere Ausgaben für Arbeitslosigkeit produzieren. In der Modellrechnung werden 180 Mrd. Euro an Mehreinnahmen und Einsparungen erwartet. Finanziert werden sollen in diesem Modell die Investitionen durch jährliche Einnahmen aus einer Finanztransaktionssteuer mit bis zu 100 Mrd., aus Kreditförderung mit rund 100 Mrd. und aus »New Deal Anleihen« mit rund 180 Mrd. Euro. Eine solche Zukunftsanleihe braucht bei Gründung zunächst Eigenkapital. Dies wäre durch eine europaweite Vermögensabgabe in Höhe von 3% auf Geldvermögen über 500.000 bzw. 1 Mio. Euro zu finanzieren.

Selbst Wolfgang Streeck, Direktor des Max-Planck-Instituts für Gesellschaftsforschung, schließt nicht aus, dass die wesentlichen Triebfedern für einen neuen Kondratieffschen langwelligen Konjunkturzyklus gelegt sind.¹⁶ Die Schlüsselbereiche CO₂-freier Technologien, Energieversorgung und die Elektromobilität liefern dafür die Plattform. Bereiche, in denen die entwickelten kapitalistischen Länder Europas enorme Platzvorteile haben, während die zurückgeworfenen und industriell wenig entwickelten Länder Europas weitaus schlechtere Chancen aufweisen.

Entwicklungspfade

Zwei Entwicklungspfade tun sich auf:

■ Entweder die weniger entwickelten Länder Europas werden auf den Stand von Subsidiaritätswirtschaften und Arbeitskräftelieferanten zurückgeworfen, also quasi »Hartz IV-Staaten«, wie der Zeit-Herausgeber Josef Joffe sie kürzlich nannte.¹⁷ Nachdem EU, EZB und IWF schon Griechenland mit moderner Kapitalvernichtung zunächst auf Schwellenland-Niveau zurückgeworfen haben, scheint sogar ein begrenzter Aufschwung vorstellbar. Verbunden mit den genannten Schlüsselbereichen würde daraus allerdings ein neuer, diesmal grün angemalter Kapitalismus mit autoritärem Gestus. Die von Rat, Parlament und Kommission installierten neuen Verfahren zur Reduzierung der wirtschaftlichen Ungleichgewichte der Euroländer, verkauft als Instrumente zur Anpassung

ihrer Wettbewerbsfähigkeit, beschneiden essenzielle Rechte von Gewerkschaften und Arbeitnehmern und sind damit eher »Instrument zur autoritären Demontage der Sozialstaatlichkeit«, wie der Arbeits- und Wirtschaftsrechtler Florian Rödl in einem Gutachten für das Hugo-Sinzheimer-Institut der Otto-Brenner-Stiftung schreibt.¹⁸

■ Oder aber die EU besinnt sich auf ihre eigenen Vertragsverabredungen z.B. aus § 3 des Vertrags über die Europäische Union (EUV) und § 151 des Vertrags über die Arbeitsweise der EU (AEUV) mit der Verpflichtung zur Sozialstaatlichkeit und langfristigen Herstellung gleichwertiger Lebensverhältnisse. Das wäre nur durch die Neudefinition europäischer Entwicklungsmodelle zu erreichen. Die Entwicklung einer industriellen Basis, die auf gleicher Augenhöhe zwischen den entwickelten kapitalistischen Zentren Europas Handel treibt bzw. miteinander konkurriert, ist aber weder ökonomisch vorstellbar noch in Bezug auf eine nachhaltige Verbrauchs- und Rohstoffpolitik wünschenswert. Niemand hielt wohl für Griechenland die Entwicklung einer Automobil- oder Maschinenbauindustrie auf deutschem oder französischem Niveau für realistisch. Einige Länder werden wohl noch sehr lange auf Importe von Investitionsgütern angewiesen sein. Sie in die Lage zu versetzen, diese ohne Staatsverschuldung mit eigenen Einkommensquellen – Gütern und Dienstleistungen mit Handels- resp. Marktpotenzial – zu finanzieren, wäre die Aufgabe einer integrierten europäischen Wirtschafts-, Finanz- und Industriepolitik, die ihre eigenen Vertragsverpflichtungen ernst nimmt.

Denk- und machbar wäre eine europäische Clusterpolitik im Sinne der Zusammenarbeit von miteinander verbundenen Unternehmen, Zulieferern, Dienstleistern und Forschungsstellen. Diese gibt es auf regionaler und nationalstaatlicher Ebene schon lange. Ihre Stärken wurden aber bisher politisch nur eben auf dieser Ebene gefördert. Sie haben damit auch zur Konkurrenz von Volkswirtschaften (nicht nur) auf europäischer Ebene beigetragen. Ihre Vorteile bei der gemeinsamen Nutzung von Ressourcen und Fachwissen für Unternehmen, Beschäftigte und Regionen auch auf europäischer Ebene zu nutzen, wäre ein weiteres Instrument, eine ausgeglichene Industrie- und Handelsentwicklung zu fördern. Dazu wären nicht nur bessere Informationen über nationalstaatliche Stärken in den europäischen Mitgliedsstaaten, eine bessere Synergieentwicklung bereits auf

⁸ Mitteilung der Kommission COM(2012)3: Eine stärkere europäische Industrie bringt Wachstum und wirtschaftliche Erholung.

⁹ www.thomas-haendel.eu/de/article/8133.eu-freihandelsabkommen-galgenfrist-fuer-afrikanische-staaten-verlaengert.html.

¹⁰ www.guengl.eu/showPage.php?ID=9550&LANG=3&GLANG=1.

¹¹ www.axel-troost.de/article/5211.eine-europaeische-ausgleichsunion-a-8211-die-waehrungsunion-2-o.html.

¹² IMK 66/2011.

¹³ In Deutschland wurden mehr als 10 Bio. Euro Vermögen in Form von Geld und Immobilien angehäuft. Das entspricht den Staatsschulden aller 27 EU-Staaten. Die Privatvermögen in Europa betragen sage und schreibe rund 34 Bio. Euro.

¹⁴ DGB Bundesvorstandsverwaltung, Abteilung Wirtschaft, Finanzen und Steuern: Ein Marshallplan für Europa – Krise bekämpfen, Europa zukunftsfähig machen; 3. Entwurf 20.9.2012.

¹⁵ DIW-Wochenbericht Nr. 25-2012.

¹⁶ Die Mitbestimmung 9-2012, S. 34.

¹⁷ ARD Presseclub, 16.5.2011.

¹⁸ Die Mitbestimmung 9-2012, S. 34



Karikatur: Economist

europäischer Ebene sowie die Entwicklung neuer Förderungsansätze wie auch eine gemeinsame Steuerung derartiger Entwicklungsprozessen nötig. Sie nicht nach Austeritätsprinzipien zu konditionieren, sondern nach sozialen, beschäftigungspolitischen und nachhaltigen Kriterien, erfordert aber ein anderes, demokratisch kontrolliertes Modell einer Europäischen Wirtschaftslenkung – und das Primat demokratischer Politik.

Energiewende im Widerstreit ökonomischer Interessen

Die starke Akzentsetzung auf die Energiewende sei an dieser Stelle mit zwei praktischen Beispielen bebildert: Griechenland will und muss seine Re-Industrialisierung auch selbst in die Hand nehmen. Die Produktion von Solarstrom ist deshalb eines der Leitprojekte, von dem nicht nur die Regierung in Athen die Schaffung von 60.000 Arbeitsplätzen und rund 15 Mrd. Euro Staatseinnahmen erwartet.¹⁹ Damit verbunden wären zudem die Reduzierung von Energieimportkosten und die Erlöse aus dem Export von Solarstrom. Durch technische Umrüstung könnten via italienische und mazedonische Stromnetze rund 10 Gigawatt in europäische Stromnetze fließen.

Das Projekt »Helios« erfordert Investitionen in Anlagen und Stromtrassen – für die im griechischen Staatshaushalt nach den Austeritätsexzessen derzeit wohl kaum genügend Geld aufzutreiben ist. Der Staat bräuchte also Investitions- und Technologiehilfen aus Europa. Eine eigene Solarindustrie existiert nicht. Weitere Kapazitäten nicht nur in der Windkraft, für die Griechenland einen besonders ergiebigen Standort darstellen würde, und in eine dezentrale Energieversorgung in der Hand von Kommunen und Regionen könnten zusätzlich Arbeit für

zehntausende Menschen in der Region schaffen. Weitere Entwicklungspotenziale für die Schaffung von Arbeitsplätzen und Steueraufkommen liegen im Schiffbau, in der Modernisierung des wichtigsten Mittelmeerhafens in Piräus, im Tourismus, der Transportbranche und in der Pharmaindustrie.²⁰

Aber: Eine schnelle Umsetzung einer solchen qualitativ neuen Politik ist eher nicht zu erwarten. Deutschland unter Merkel brems schon bei »Helios« – wohl auch zur Wahrung der Interessen der großen Energieversorger. Es fehlen nicht nur der politische Wille, die notwendigen Instrumentarien und die entsprechenden Einflussmöglichkeiten. Auf europäischer Ebene sind bis zu zehn Generaldirektionen auf Ebene der Kommission zuständig, demokratische Initiativrechte für Parlament und den Rat der Regionen diesbezüglich fehlen.

Ein weiteres Beispiel liefert die Frage der Speichertechnologien. Für die Speicherung von Strom aus erneuerbaren Energien, die in der Regel in verbrauchsschwachen Zeiten erzeugt werden, oder aber für Stromspitzen aus Überschussproduktion fehlen u.a. in Deutschland ausreichende Möglichkeiten und entsprechende Technologien.²¹ Norwegen verfügt über genau diese Speichermöglichkeiten in Wasserkraft, sie sind sogar zweitausendmal größer als die deutschen. Rund 60 AKWs in Europa wären alleine damit überflüssig zu machen. Aber die Genehmigung des dafür nötigen Leitungsbaus zwischen Deutschland und Norwegen wurde und wird von der Bundesregierung über Jahre verschleppt. Ein Schelm, wer Böses dabei denkt und die Interessenvertretung von deutschen Atomkonzernen durch die Bundesregierung vermutet.

Immerhin: Ein norwegischer Konzern plant nun den Bau einer Leitung. Abgesehen davon, dass ein Dutzend nötig wären, zeigen diese Beispiele, dass man der Verquickung politischer

und wirtschaftlicher Interessen nur mit einem ganzheitlichen Ansatz und entsprechender öffentlicher Finanzierung glaubwürdig etwas entgegensetzen kann.

Die nach wie vor notwendige Energiewende stärker für eine regionale, arbeitsplatzintensive und demokratisch kontrollierte Energieversorgung zu nutzen, auch dafür gibt es gute Vorschläge. Der Masterplan der LINKEN in Thüringen ist ein detailliert ausgearbeitetes Beispiel. Mit einem dreidimensionalen Maßnahmenpaket zum Aufbau einer Energiewirtschaft auf Basis erneuerbarer Energieträger, einem Energieeinsparwerk und einer landesweiten Energiedienstleistungsstruktur, die einem Wirtschaftsförderungsprogramm gleichkommt, hat die LINKE ein Beispiel für eine alternative regionale Konzeption geliefert.²² Dieser Plan ist das bislang umfassendste Konzept zur Regionalisierung und Rekommunalisierung von Energieversorgung, Kraft-Wärmekopplung, Ausbau der solaren und windkraftbasierten Energieversorgung, Energieeinsparung, die Förderung von Wirtschaftsinitiativen, Forschungsförderung und die Schaffung von Arbeitsplätzen in einem Konzept bilden eine Konzeption, die mit einer an entsprechende Kriterien gebundenen europäischen Förderung aus den oben genannten europäischen Fonds unterstützt werden sollte.

Integrierte Zukunftskonzepte

Ein *integriertes Konzept demokratisch kontrollierter wirtschaftlicher Zukunftsentwicklung für Europa* mit Elementen von Industrie-, Dienstleistungs-, Struktur- und Kohäsionspolitik kann und darf sich jedoch nicht auf die Energiewende alleine beschränken. Aufgabenfelder wie die Modernisierung der europäischen Verkehrsinfrastruktur, Investitionen in Bildung und Ausbildung, Förderung von altersgerechten Infrastrukturen sowie den Ausbau von öffentlicher Daseinsvorsorge muss ein künftiger Zukunftsentwicklungsplan umfassend abdecken. Die Verantwortung Europas als globaler Akteur hat vielschichtige Implikationen, wie aus einer bisher unveröffentlichten Studie von »Powershift« für die GUE/NGL im Europaparlament zu rohstoffpolitischen Aspekten notwendiger europäischer Industrieentwicklungen²³ hervorgeht. Die umfassende Berücksichtigung dieser Aspekte muss kennzeichnender Bestandteil eines ganzheitlichen Ansatzes sein und auch damit diese Konzeption von anderen Vorschlägen abgrenzen.

Eine aktive staatliche Industrie- und Dienstleistungspolitik sei erforderlich, um De-Industrialisierung zu verhindern und Arbeitsplätze im verarbeitenden Gewerbe, im Handel und in anderen Dienstleistungsbereichen zu sichern, stellen denn auch die ExpertInnen des Info-Instituts in einer zusammenfassenden Studie der politischen Positionen links der Mitte fest.²⁴ Die kapitalistische Wirtschaftsordnung mit ihrer konsequenten Orientierung an Wachstumsgrößen stehe im Gegensatz zu den öffentlichen Interessen unserer Gesellschaft. Eine Abkehr vom neoliberalen Kurs führe keinesfalls zum Stillstand technologischer Entwicklung. Ein ausgeklügeltes industriepolitisches Konzept decke vielmehr grundlegende Anforderungen, z.B. nach mehr sozialer Gerechtigkeit, Partizipation, ökologischem Umbau und nachhaltiger Friedenspolitik ab, sodass die Identifikation in diesem Themenbereich gesichert scheint.

Ein solches Konzept darf nicht als neuer »grüner Kapitalismus« wie weiter oben angesprochen entwickelt werden.²⁵ Ohne klare Strukturen einer demokratischen Beteiligung und Steuerung liefe die künftige Entwicklung lediglich auf den alten Gleisen kapitalistischer Profitmaximierung, während die Interessen der Betroffenen, der Kommunen und Regionen, der Beschäftigten und Verbraucher allenfalls zweiter Sieger blieben. Deshalb muss die Gesellschaft auf allen Ebenen beteiligt werden und müssen Instrumente z.B. der Rekommunalisierung, der Gründung von Genossenschaften oder die Bildung von Energiebeiräten in ein Zukunftsprogramm für Europa einfließen.

Zweifelloso: Akut kommt es darauf an, die richtigen Maßnahmen zur Re-Regulierung der Finanzmärkte und der Stabilisierung der Realwirtschaft rasch umzusetzen. Das ist bisher allenfalls in Ansätzen sichtbar. Parallel dazu bedarf es aber einer umfassenden strategischen Neuausrichtung, um aus der Krise ohne Katastrophe für die Arbeits- und Lebensbedingungen herauszukommen. Die Akzeptanz der EU durch die Menschen hängt wesentlich von einer demokratischen Wirtschaftsverfassung und Wirtschaftspolitik ab. Wir entscheiden, *wie wir künftig in Europa leben und arbeiten wollen*.

Gute Arbeit, hohe soziale Sicherheit und nachhaltige ökologische und ökonomische Entwicklung wären Prämissen und Prädikate für ein europäisches Zukunftsmodell, für das es zu werben gälte. Auf europäischer Ebene impliziert dies auch das Werben für andere gesellschaftliche und damit im Resultat politische Mehrheiten. Und nur mit Initiativ- und Kontrollrechten des Europaparlaments, klarer Kompetenzverteilung zwischen nationalen Parlamenten und Europäischem Parlament, einer Kontrollfunktion des Wirtschafts- und Sozialausschusses und des Ausschusses der Regionen sowie von nationalen Egoismen weitgehend befreiten Legislativ- und Exekutiv-Institutionen wäre ein solches Konzept legitimierbar. Ein solches Konzept gilt es auch und gerade für den heute schon absehbaren Verfassungsprozess²⁶ zu entwickeln. Ohne ein überzeugendes Konzept der Linken für Europa besteht die Gefahr, dass das autoritäre Regierungseuropa zur Durchsetzung neoliberaler und neokonservativer Politik, letztlich zur Wahrung der Interessen des Kapitals verfestigt wird. Jeremy Rifkin sollte besser nicht recht behalten, wenn er prophezeit: »Am Ende der Moderne steht eine neue Barbarei.«²⁷

¹⁹ www.welt.de/dieweltbewegen/article106186532/Griechen-wollen-Strom-ohne-Leitungen-exportieren.html.

²⁰ Financial Times Deutschland, Print-Ausgabe vom 29.6.2011.

²¹ www.spiegel.de/wissenschaft/technik/erneuerbare-energien-norwegen-will-europas-akku-werden-a-834472.html.

²² www.die-linke-thl.de/themen/themen_a_z/e_h/energierevolution.

²³ Powershift e.V.: Rohstoff- und entwicklungspolitische Dimensionen einer europäischen Industriepolitik zur Förderung der Elektromobilität und Erneuerbaren Energien, November 2011.

²⁴ Info-Institut Saarbrücken: Bestandsaufnahme zur Positionsbestimmung ausgewählter Parteien und Institutionen zum ökologischen Umbau von Wirtschaft und Gesellschaft, März 2012.

²⁵ Siehe dazu auch den Heftschwerpunkt »Grüner Sozialismus in der Zeitschrift Luxemburg, Ausgabe 3-2012.

²⁶ European Council, Interim Report: Towards a genuine economic and monetary Union, vom 12.10.2012, und Reflection Note by the Representatives of the European Parliament: Towards a real Economic and Monetary Union - Building capacity to decide«, vom 1.10.2012.

²⁷ Jeremy Rifkin: Das Ende der Arbeit und ihre Zukunft, Frankfurt/New York 1995.

Probelesen

Wenn diese Probe-Lektüre Sie davon überzeugen konnte, dass Sozialismus das Richtige für Sie mit fundierten Beiträgen zu den Themen

- Berliner Republik/Die neue LINKE
 - Wirtschaft & Soziales/Forum Gewerkschaften
 - Internationales/Krieg & Frieden
 - Buchbesprechungen/Filmkritiken
 - sowie zweimonatlich einem Supplement zu theoretischen oder historischen Grundsatzfragen
- ist, sollten Sie gleich ein Abo bestellen (und eines der Bücher aus dem VSA: Verlag als Prämie auswählen). Wenn Sie weitere Argumente benötigen, nehmen Sie ein Probeabo. Beides geht mit dem beigefügten Bestellschein (bitte auf eine Postkarte kleben oder faxen an 040/28 09 52 77-50)

- Ich abonniere Sozialismus ab Heft _____ zum Preis von € 62,- (incl. Porto; Ausland: + € 20 Porto). Ich möchte die Buchprämie Roth Jünke SolÖk
- Ich abonniere Sozialismus ab Heft _____ zum verbilligten Preis von € 44,- (für Arbeitslose/Studenten). Ich möchte die Buchprämie Roth Jünke SolÖk
- Ich bestelle ein Sozialismus-Probeabo ab Heft _____ (3 Hefte zum Preis von € 10,-/Ausland € 15,-).
- Bitte schicken Sie mir ein kostenloses Probeexemplar.

Name, Vorname

Straße

Plz, Ort

Datum, Unterschrift

Mir ist bekannt, dass ich diese Bestellung innerhalb einer Woche bei der Redaktion Sozialismus, St. Georgs Kirchhof 6, 20099 Hamburg, widerrufen kann. Zur Fristwahrung genügt die rechtzeitige Absendung des Widerrufs.

Datum, 2. Unterschrift

Bitte als
Postkarte
freimachen

Antwort

Redaktion Sozialismus
Postfach 10 61 27
20042 Hamburg

Abo-Prämie

Eines dieser Bücher aus dem VSA: Verlag erhalten Sie, wenn Sie Sozialismus abonnieren oder uns eine/n neuen AbonnentIn nennen (nicht für Probeabo). Bitte auf der Bestellkarte ankreuzen!

Mehr zum Verlagsprogramm:
www.vsa-verlag.de

